

Zimmermann, Adrian: "Berner Arbeiterbewegung", in: Martig, Peter, Gutscher, Charlotte (Hg.), *Berns moderne Zeit. Das 19. und 20. Jahrhundert neu entdeckt*, Bern: Stämpfli Verlag AG 2011, S. 211-217.

ADRIAN ZIMMERMANN

Berner Arbeiterbewegung

Die Arbeiterbewegung ist eine der prägendsten Kräfte der Berner Geschichte der letzten 150 Jahre. Mittels ihrer gewerkschaftlichen Organisationen erkämpften sich die Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeiter ab Ende des 19. Jahrhunderts Arbeitszeitverkürzungen und bessere Löhne und Arbeitsbedingungen – wenn möglich auf dem Verhandlungsweg, wenn nötig mittels Streik. Auf politischer Ebene war die aus der Arbeiterbewegung entstandene Sozialdemokratie während des grössten Teils des 20. Jahrhunderts die zweitstärkste, in den grösseren Städten und den Industrieorten des Kantons die stärkste Partei. Seit dem Zweiten Weltkrieg bildet die Berner Partei den stärksten Kantonalverband der SP Schweiz, vorher wechselte sie sich in dieser Rolle mit der Zürcher Partei ab. Die genossenschaftlichen Betriebe, die sozialistische Presse und die Arbeitersport- und Kulturvereine waren neben den gewerkschaftlichen und politischen Hauptpfeilern über weite Strecken des 19. und 20. Jahrhunderts weitere wichtige, aus dem gesellschaftlichen Leben Berns nicht wegzudenkende Teile der Arbeiterbewegung.

Vom linken Flügel des Freisinns zur eigenständigen Bewegung

Die Arbeiterbewegung bildete sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts aus Vorläufern heraus, die bis in die 1830er-Jahre zurückverfolgt werden können. Die Bewegung ging nicht von den in grossem Elend und vor allem auf dem Land lebenden Fabrikarbeiterinnen und Fabrikarbeitern aus, sondern von den qualifizierten



Abb. 189: Fahne der italienischen Maurer und Handlanger in Biel um 1896. Auf den Baustellen arbeiteten damals viele Italiener, die gemeinsam mit ihren Schweizer Kollegen für bessere Arbeitsbedingungen kämpften. – Foto mémreg: Regionales Gedächtnis.

und über die Landesgrenzen hinaus mobilen Handwerksgelesen. Diese Vorläufer der Arbeiterbewegung, waren – soweit sie sich politisch betätigten – am linken Flügel des Freisinns anzusiedeln. So wandten sich an einem Schützenfest im August 1847 in Biel, das zu einer Demonstration gegen den Sonderbund und für eine neue Bundesverfassung wurde, mit Johann Philipp Becker und Ernst Schüler auch zwei Exponenten der deutschen Handwerkervereine sowie der Vordenker des 1838 gegründeten, patriotischen «Grütlivereins», Albert Galeer, an die Teilnehmer.¹ Der Berner Reform-Verein, ein Versuch, 1851/52 eine erste, von Arbeitern, Handwerkern und Kleinbauern getragene demokratisch-sozialistische Partei zu bilden, blieb ebenso kurzlebig wie ähnliche Versuche anderswo in der Schweiz und in Europa. Führender Kopf des Reformvereins war der jurassische Arzt und Grossrat Pierre Coullery, der in Bern die Zeitung *Der Arbeiter* herausgab.²

Als die konservative Regierung den Grütliverein zwischen 1852 und 1854 verbot, waren die von der Polizei im Lokal des Thuner Grütlivereins gefundenen sozialistischen und kommunistischen Schriften nur ein Vorwand. Faktisch war das Verbot gegen die radikalen Gegner der Regierung gerichtet, an deren Basis der Grütliverein eine wichtige Rolle spielte.³ Schärfere repressive Massnahmen trafen die deutschen und anderen ausländischen Arbeitervereine in der Schweiz. So führte ein Fest, das die deutschen Handwerkervereine am 27. Juli 1834 im Steinhölzli bei Bern veranstalteten, zu diplomatischen Protesten und wirtschaftlichem Druck Österreichs, Preussens und weiterer deutscher Fürstenstaaten. Die freisinnige Berner Regierung knickte ein und wies die Verantwortlichen aus.⁴

Der Kampf für die politische Demokratie vereinte frühe Arbeitervereine und bürgerliche Radikale. Auf Gemeindeebene spielte dieser Kampf noch jahrzehntelang eine zentrale Rolle. Dies galt vor allem für die Stadt Bern, wo weiterhin die vom Patriziat geführten Konservativen an der Macht waren. Noch 1881 bildeten Freisinnige und Arbeitervereine ein Bündnis, dem es bis Ende der 1880er-Jahre gelang, das konservative Regime zu stürzen und das Stimmrecht auszuweiten.⁵ Erst 1915 erreichten drei Arbeiter aus Bolligen vor Bundesgericht die Aufhebung der letzten Zensusbestimmungen in den Gemeinden des Kantons Bern.⁶

Auch die 1868 gegründete Allgemeine Arbeitergesellschaft Bern war noch eng mit sozialpolitisch orientierten Freisinnigen verbunden. In dieser lokalen Dachorganisation schlossen sich der Grütliverein, der deutsche Bildungsverein und mehrere gewerkschaftliche Fachvereine auf Vorschlag des 1867 gegründeten Arbeitervereins Bern der Berner Sektion der 1864 in London gegründeten Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA) zusammen.⁷ Eine bedeutendere Rolle in der Geschichte der besser als 1. Internationale bekannten IAA spielten die Uhrenarbeitervereine des Berner und Neuenburger Juras. Als Anhänger des sich oft im Jura aufhaltenden russischen Anarchisten Michael Bakunin standen sie in Opposition zur angeblich autoritären und zentralistischen Linie der IAA-Leitung um Karl Marx.⁸

Nach dem Zerfall der IAA rückte zunehmend der Aufbau von Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien auf der nationalstaatlichen Ebene in den Vordergrund. 1873 schlossen sich unterschiedliche teils parteipolitisch, teils gewerkschaftlich, teils kulturell ausgerichtete Vereine zum Schweizerischen Arbeiterbund zusammen,⁹ aus dem schliesslich der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) und die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) hervorgingen.

Auf lokaler Ebene bildeten bis nach dem Ersten Weltkrieg die *Arbeiterunionen (AU) als gewerkschaftlich-partecipolitische Zwittergebilde* den organisatorischen Kern der Arbeiterbewegung.¹⁰ Erst 1932 teilte sich die Arbeiterunion in der Stadt Bern in ein Gewerkschaftskartell und eine städtische SP.¹¹ In Bern gründeten 1875 verschiedene Gewerkschaften und politische Arbeitervereine erstmals eine AU. Treibende Kraft in dieser Dachorganisation, die sich zeitweise auch Sozialdemokratische Partei Bern und Allgemeiner Arbeiterverein Bern nannte, war Karl Moor.¹² 1890 stellte die AU Bern mit dem aus Russland eingewanderten Arzt Nikolaus Wassiljoff einen vollamtlichen lokalen Arbeitersekretär an, was eine europaweite Premiere darstellte.¹³ Weitere AU bildeten sich nicht nur in den grösseren Städten Biel (1888)¹⁴ und Thun (1897),¹⁵ sondern darüber hinaus im ganzen Kantonsgebiet.¹⁶

- 1 Bourquin, Schiesswesen.
- 2 Grimm, Ideen, S. 87–103; Grimm, Arbeiterbewegung, S. 249–280; Gruner, Arbeiter, S. 446–448.
- 3 Gruner, Arbeiter, S. 488–495; Grimm, Arbeiterbewegung, S. 281–292.
- 4 Grimm, Arbeiterbewegung, S. 87–99; Gruner, Arbeiter, S. 287.
- 5 Tanner, Bürgertum, S. 574–622 und 691–693, Rieder, Netzwerke, S. 58–60; Aemmer, Sozialdemokratie, S. 261–263.
- 6 Urteil vom 11. März 1915 i.S. Zbinden und Genossen gegen Bern, in: BGER 1915, Bd. 1, S. 58–67; Schwaar, Arbeiterbewegung, S. 148f.
- 7 Grimm, Arbeiterbewegung, S. 317–342, Gruner, Arbeiter, S. 573–577, Aemmer, Sozialdemokratie, S. 5.
- 8 Braunthal, Internationale, Bd. 1, S. 184–200, Gruner, Arbeiter, S. 621–687, Kohler, Genèse, S. 102–106.
- 9 Gruner, Arbeiter, S. 744–765.
- 10 Gruner, Arbeiterschaft 2, 2, S. 773–801.
- 11 Keller, 175 Jahre, S. 54f.
- 12 Gruner, Arbeiter, 791–793.
- 13 Gruner, Arbeiterschaft, Bd. 2, S. 779–781; 803–805.
- 14 GBLS, Bieler Arbeiterunion, S. 3–16.
- 15 Genna-Stalder, Arbeiterbewegung, S. 56–80.
- 16 Eine Liste bei: Aemmer Sozialdemokratie, S. 48.

Zum endgültigen Bruch zwischen Sozialdemokratie und Freisinn kam es in Bern nach dem Käfigturm-Krawall vom 19. Juni 1893. Obschon die Unruhen spontan ausgebrochen waren und Arbeitersekretär Wassilief eine vermittelnde Rolle eingenommen hatte, wurde er für die Ausschreitungen verantwortlich gemacht und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt.¹⁷ Dem Arbeitersekretariat wurden zudem die bisherigen, von der Stadt gemieteten Räumlichkeiten gekündigt. Die AU erwarb eine eigene Liegenschaft an der Zeughausgasse 9, wo das erste Volkshaus in der Schweiz entstand. Es wurde zum Treffpunkt und kulturellen Zentrum der Arbeiterbewegung. Mit dem Neubau 1914 wurde auch ein städtebaulicher Akzent gesetzt, noch ausgeprägter war dies beim 1932 eröffneten Bieler Volkshaus der Fall.¹⁸

Seit 1893 erschien die Berner Tagwacht als eigenes Presseorgan und ab 1908 als Tageszeitung. Der 1909 zum Redaktor der Tagwacht gewählte Robert Grimm, der ab 1911 auch die Kantonalpartei präsidierte, sollte in den kommenden Jahrzehnten zur prägendsten Persönlichkeit der Berner und schweizerischen Arbeiterbewegung werden.¹⁹

Das typische Kampfmittel der Arbeiterbewegung waren nicht spontane Ausbrüche des Volkszorns wie beim Käfigturm-Krawall, sondern wohlorganisierte Streiks. Für die Phase zwischen 1880 und 1914 kam es in der Region Bern zu insgesamt 136 Arbeitskämpfen, am drittmeisten nach den Regionen Zürich und Basel. Gemessen an der Anzahl Bewohner lagen die Industrieregion Biel und der von der Uhrenindustrie geprägte Amtsbezirk Courtelary noch vor Bern; ebenfalls eine grosse Streikaktivität wiesen die Amtsbezirke Moutier und Interlaken auf.²⁰

Zwischen Kampf und Kompromiss

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs bedeutete für die Arbeiterbewegung einen schweren Rückschlag. Die 1889 gegründete 2. Internationale hatte sich zum Ziel gesetzt, den Krieg zu verhindern, doch 1914 stimmten fast alle sozialdemokratischen Parteien in den jeweiligen nationalen Parlamenten für die Kriegskredite. Robert Grimm organisierte als dominierende Persönlichkeit der jüngeren, kämpferischen Generation der SPS-Führung die Opposition gegen den Krieg und seine Folgen. Seine Berner Tagwacht wurde zum Sprachrohr der Kriegsgegner aus den Parteien der kriegführenden Staaten und es gelang ihm, diese 1915 und 1916 in zwei Konferenzen in Zimmerwald und Kiental zusammenzubringen.²¹ Doch Grimm wurde auch zum wichtigsten Organisator der Kämpfe gegen die durch die Kriegskrise bedingte Verarmung.²² Je länger der Krieg dauerte, desto mehr wuchs der Widerstand gegen seine Folgen: Teuerung und Hunger auf der einen, Kriegs- und Spekulationsgewinne auf der anderen Seite. Im Juli 1916 organisierten die sozialdemokratischen Frauenvereine in Bern, Biel und Thun Marktdemonstrationen.²³ Am 30. August 1917 kam es an vielen Orten in der Schweiz zu einem halbtägigen Generalstreik und Massendemonstrationen gegen die Teuerung.²⁴ In Biel eskalierte im Juli 1918 eine Hungerdemonstration, ein junger Arbeiter wurde von der Armee erschossen.²⁵

Die Proteste kulminierten im November 1918 im Landesstreik, dessen unmittelbarer Auslöser die vom Bundesrat als Präventivmassnahme gegen befürchtete Unruhen angeordnete militärische Besetzung der Städte Zürich und Bern war. Für die organisierte Arbeiterschaft stellten diese Truppenaufgebote eine inakzeptable Provokation dar. In den industriellen Gebieten des Kantons Bern wurde der Generalstreik gut befolgt und verlief ohne ernsthafte Zwischenfälle.²⁶ Am gespanntesten war die Situation in Biel, wo Eisenbahner Streikbrecher handgreiflich von Zügen holten und nach der militärischen Besetzung der Stadt rechte Bürgerwehren gewaltsame Racheaktionen inszenierten.²⁷

Das Elend der Kriegsjahre und der Generalstreik führten zu einer Radikalisierung der Arbeiterbewegung. Als sich im Februar 1919 die 2. Internationale in Bern zum ersten Mal seit Kriegsausbruch wieder traf, blieb die SPS den Verhandlungen demonstrativ fern. Der ursprünglich geplante Beitritt zur in Moskau gegründeten 3. Internationalen scheiterte an den 21 Beitrittsbedingungen, die eine Reorganisation der Partei nach dem Vorbild der russischen Bolschewisten verlangten. Nur eine Minderheit war dazu bereit, verliess die SPS und gründete die Kommunistische Partei der Schweiz (KPS).²⁸ Wegen der von Grimm geprägten Linie der Berner Sozialdemokratie, die eine konsequent sozialistische Grundsatz-



Abb. 190: Das Bieler Volkshaus an der Bahnhofstrasse um 1965. Die Arbeiterunion errichtete dieses markante Gebäude 1929 bis 1932 mit Unterstützung der Stadt Biel. Der Eisenbetonbau wurde mit roten Klinkersteinen verkleidet, um die politische Ausrichtung der Trägerschaft zu zeigen. Das Volkshaus war nicht nur Treffpunkt der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften, sondern umfasste auch Räume für kulturelle Anlässe sowie eine Bibliothek. – Foto picswiss.ch

17 Lüthi, Käfigturmkravall, S. 35; Tanner, Bürgertum, S. 619–622; Jost, Reaktionäre, 62f.; Erne, Stadtpolitik, S. 128; Keller, 175 Jahre, S. 53–55.

18 Gruner, Arbeiterschaft Bd. 2, S. 780; Volkshäuser, S. 18–31; Kästli, Rotes Biel, S. 71–79.

19 Degen u. a., Grimm.

20 Hirter, Streiks, S. 857–866.

21 Collart, Parti; Lademacher, Zimmerwaldner.

22 Voigt, Grimm, S. 107–115.

23 Pfeifer, Frauen, S. 93–103; Ziegler, Frauengruppe.

24 Degen u. a., Wert, S. 133f.

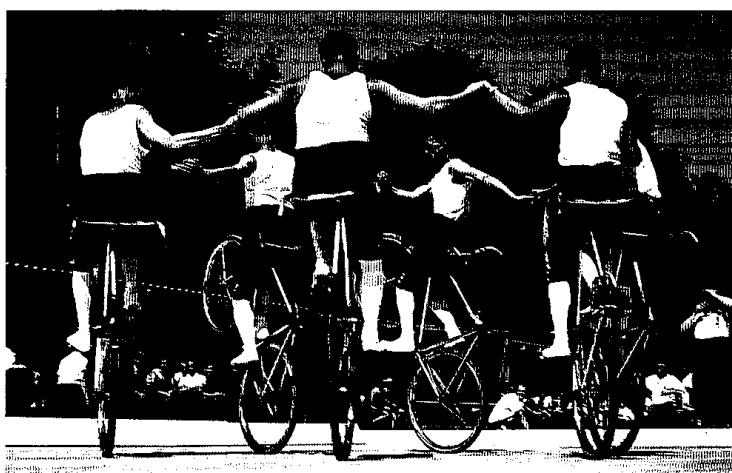
25 Kästli, Arbeiterbewegung, S. 164–171.

26 Zur Stadt Bern: Gautschi, Landesstreik, S. 240–244, 256, 330f.; Erne, Stadtpolitik, S. 134–136. Zu Thun: Genna-Stalder, Arbeiterbewegung, S. 69f. Zum Jura: Kohler, Grève, S. 63–77. Zu Herzogenbuchsee: Schwaar, Arbeiterbewegung, S. 166–171.

27 Kästli, Arbeiterbewegung, S. 186–203.

28 Protokoll Parteitag SPS 10.–12.12.1920, Zürich 1921.

Abb. 191: In der Zwischenkriegszeit erlebten die Arbeiter-, Sport- und Kulturvereine ihre Blütezeit. Dazu trugen die Nachwirkungen des Landesstreiks von 1918 bei – die damals erkämpfte Arbeitszeitverkürzung einerseits, das polarisierte politische Klima andererseits. Im Sommer 1935 fand in Bern das Bundesfest der Arbeiter-Radfahrer statt. Auf diesem Foto von Paul Senn zeigt der Arbeiter-Touring-Bund das Triofahren. – Kunstmuseum Bern.



orientierung mit pragmatischer Alltagspolitik verband, blieb die KPS im Kanton Bern bedeutungslos.

Trotz der Spaltung erreichte die Arbeiterbewegung in der Zwischenkriegszeit ihre organisatorische Blütezeit – es gab kaum einen Gesellschaftsbereich, in der sie nicht mit eigenen Organisationen und Aktivitäten ein Gegengewicht zur bürgerlichen Gesellschaft bildete. Die bürgerliche Vorherrschaft vermochte sie aber nicht zu brechen, von der Regierungsverantwortung auf kantonaler und eidgenössischer Ebene blieb die Sozialdemokratie vorerst ausgeschlossen. Zunehmendes Gewicht hatte die Sozialdemokratie in der Kommunalpolitik der grossen Städte und Industrieorte. In Biel und während kürzerer Phasen auch in Bern und Thun kam es zu roten Mehrheiten auf Gemeindeebene.²⁹

Die Weltwirtschaftskrise brach in der Schweiz später aus als anderswo, dauerte aber besonders lange. Verantwortlich dafür war nicht zuletzt die Politik des Bundesrats, der glaubte, die Krise durch eine harte Sparpolitik überwinden zu können, die krisenverschärfend wirkte. In rechtsbürgerlichen Kreisen mehrten sich Stimmen, die forderten, diese Politik nach dem Vorbild der faschistischen Diktaturen gewalttätig durchzusetzen. So begrüßte das konservative Berner Tagblatt die Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften unter dem demagogischen Titel *Bonzendämmerung*.³⁰

Wegen der hohen Arbeitslosigkeit blieben die gewerkschaftlichen Widerstandsmöglichkeiten gegen den Lohnabbau begrenzt, vor allem in der Exportindustrie wurde der Lohnabbau meist kampflos hingenommen. Einen Teilerfolg erzielte die Belegschaft der vorwiegend binnenmarktorientierten Berner Hasler AG im Frühling 1934. Gegen den Versuch der Direktion, einen empfindlichen Lohnabbau einzuführen, traten die Arbeiterinnen und Arbeiter in die Passive Resistenz (auch als Bummelstreik, Dienst nach Vorschrift oder slow-down bekannte Kampfform, bei der das Arbeitstempo reduziert wird). Darauf sperrte die Direktion die Arbeiterschaft während dreier Wochen aus, konnte ihren Widerstand damit aber nicht brechen. Ein Schiedsspruch der interkantonalen Einigungsstelle reduzierte schliesslich den Lohnabbau um die Hälfte.³¹

Aussichtsreicher war der Kampf gegen die Krise auf politischer Ebene. Um die antifaschistische Zeitschrift *Die Nation* entstand ein breites, von der Arbeiterbewegung, den Angestelltenvereinen und Teilen der Bauernschaft getragenes Bündnis. Zwar scheiterte die von diesem Bündnis lancierte Kriseninitiative, die eine an der Förderung der Massenkaukraft orientierte Wirtschaftspolitik anstrebte, in der Volksabstimmung vom 2. Juni 1935 gesamtschweizerisch relativ knapp; aber der Kanton Bern gehörte neben den beiden Basel, Schaffhausen und Solothurn zu den vier Ständen, welche das Volksbegehren annahmen.

29 Erne, Stadtpolitik, S. 148f.; Kästli, Rotes Biel; SP Thun, Festschrift, S. 29–56.

30 Berner Tagblatt, 5. Mai 1933, vgl. auch: Rieder, Netzwerke, S. 329–331.

31 Jahresbericht SMUV, Sektion Bern, 1934, S. 34–55. Müller, Krise, S. 517f.



Abb. 192: 1.-Mai-Feier vor dem Bundeshaus in Bern 1922. Der Genfer Nationalrat Léon Nicole hält eine Rede vor der versammelten Arbeiterschaft. Vor ihm hatten bereits der Sekretär der Arbeiterunion Karl Zingg und die Berner SP-Nationalräte Konrad Ilg und Robert Grimm gesprochen. Der 1. Mai wurde seit 1890 in Bern und in der ganzen Schweiz als Gedenktag der Arbeiterbewegung gefeiert. – StAB.

Nach 1935 waren die Kräfteverhältnisse für die Arbeiterschaft wieder günstiger. Der Sieg der linken Volksfrontregierung in Frankreich wurde von einer grossen und erfolgreichen Welle von Streiks und Betriebsbesetzungen begleitet. Das von der Regierung vermittelte «Matignon-Abkommen» vom 7. Juni 1936 legte die 40-Stunden-Woche, Lohnerhöhungen, Ferien und die offizielle Anerkennung der Gewerkschaften durch Staat und Unternehmen fest. Die schweizerischen Unternehmer verfolgten diese Entwicklung mit zunehmender Nervosität. Kennzeichnend dafür ist etwa, dass im Juli 1936 die *passive Resistenz* der Belegschaft der Metallwerke Selve in Thun gegen einen Lohnabbau von der Unternehmensleitung als eine Betriebsbesetzung nach französischem Muster gedeutet wurde.³²

Der Bundesrat gab sich als flankierende Massnahme zur Abwertung des Schweizerfrankens am 26. September 1936 die Kompetenz zur Zwangsschlichtung von Lohnkonflikten. Obschon diese nie angewandt wurde, schwebte sie wie ein Damoklesschwert über den industriellen Beziehungen der folgenden Jahre. Das galt vorerst für zwei Arbeitskonflikte, die im Frühling 1937 im Kanton Bern begannen: Ein in einer Bieler Zifferblattfabrik ausgebrochener Streik führte unter Vermittlung von Bundesrat Hermann Obrecht zu einem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) in der Uhrenindustrie.³³ Ein gezielter Streik der Maurer und Handlanger in der Bundesstadt löste ebenfalls einen bundesrätlichen Vermittlungsvorschlag aus, der schliesslich zum Landesmantelvertrag im Bauhauptgewerbe ausgebaut wurde.³⁴

Die neuen Schlichtungskompetenzen des Bundesrats waren zudem der indirekte Anlass für die als «Friedensabkommen» bekannt gewordene Vereinbarung vom 19. Juli 1937 in der Maschinenindustrie, die ein vertraglich vereinbartes Verhandlungs- und Schlichtungsverfahren unter Ausschluss aller Kampfmassnahmen einführte. Weiter wurde in den Jahren 1937 und 1938 erstmals ein landesweiter GAV in der Schokoladeindustrie abgeschlossen und nach längeren Unterbrüchen während der 1920er- und 1930er-Jahre kamen im Schreiner- und Spenglergewerbe wieder Landesverträge zustande.³⁵

Auch auf politischer Ebene wurden nun Kompromisse zwischen Arbeiterbewegung und Bürgerblock möglich. Zwar kam das Ziel, über die von den Trägerorganisationen der Kriseninitiative Anfang 1937 gebildete «Richtlinienbewegung» eine neue Volksmehrheit links vom Bürgerblock zu bilden, auch im Kanton Bern nicht zustande. Trotzdem zogen nach den kantonalen Wahlen vom Frühling 1938 Robert Grimm und der Jurassier Georges Moeckli als erste Sozialdemokraten in den Berner Regierungsrat ein.

Nach der Besetzung Frankreichs durch Hitler-Deutschland erstarkten auch in der Schweiz wieder antidemokratische, gegen das Mehrparteiensystem gerichtete Tendenzen. Als Abwehrmassnahme bildeten die grossen Parteien des Kantons am

32 Berner Tagwacht, 6.–7.7.1936.

33 Kohler, *Convention*, S. 30–32. SMUV, *Zukunft*, S. 94–97.

34 Vuattolo, *Bau- und Holzarbeiter*, Bd. 3, S. 185–188.

35 Degen u. a., *Wert*, S. 192; Humbel, *Friedensabkommen*; SMUV, *Zukunft*, S. 92–97; Keller, *Zeittabellen*, S. 63–65; Holliger/Leimgruber, *Tobler*, S. 106f.

Abb. 193: Produktions- und Verpackungsraum in der Hefefabrik Hindelbank 1932. In der 1888 gegründeten Firma arbeiteten die Männer in der Produktion und die Frauen beim Versand. Sie lieferten Presshefe an Bäckereien und den Detailhandel. Auch in anderen Betrieben der Lebensmittelindustrie war der Frauenanteil hoch. – Foto U. Bechstein, Bürgerarchiv Burgdorf.



29. Juli 1940 die Politische Arbeitsgemeinschaft (PAG). Gemäss ihrer Gründungs-erklärung bezweckte diese den gemeinsamen Kampf für den Erhalt der Demokratie und der nationalen Unabhängigkeit sowie für die Vollbeschäftigung und soziale Reformen.³⁶

Die Kriegswende von Stalingrad war auch ein Wendepunkt in der schweizerischen Politik. Die Sozialdemokratie errang bei den Nationalratswahlen im Herbst 1943 einen der grössten Erfolge ihrer Geschichte. Darauf zog mit dem in Grindelwald aufgewachsenen Zürcher Stadtpräsidenten Ernst Nobs der erste Sozialdemokrat in den Bundesrat ein. Im Kanton Bern machte die überparteiliche Zusammenarbeit in der PAG wieder einer schärferen Auseinandersetzung Platz. Der kämpferische Kurs der Parteileitung brachte neue Mitglieder und Wähler. Die Krönung des sozialdemokratischen Vormarsches war 1946 schliesslich ein dritter Regierungssitz, den der am linken Flügel der Partei stehende bisherige Parteisekretär Fritz Giovanoli eroberte. Wie schon bei der Spaltung 1920/21 gelang es der Parteiführung um Grimm, Giovanoli und Tagwacht-Redaktor Hans Vogel, den linken Flügel zu integrieren und die Parteieinheit zu erhalten. Die 1944 gegründete Partei der Arbeit (PdA) – Berner Exponent war der ehemalige Redaktor der sozialdemokratischen Seeländer Volksstimme, Paul Fell – blieb im Kanton Bern unbedeutend.³⁷

Parallel zu dieser politischen kam es auch zu einer betrieblichen Offensive der Arbeiterbewegung. Im Lauf der nach den Jahren 1906 bis 1908 und 1917 bis 1920 drittgrössten Streikwelle der Schweizer Geschichte zwischen 1944 und 1946 setzten sich Gesamtarbeitsverträge auch in Branchen wie der Chemie-, Textil-, Bekleidungs-, Schuh-, Papier- und Baustoffindustrie durch, wo die Patrons bisher erfolgreich den «Herr-im-Haus»-Standpunkt verteidigt hatten.³⁸ Im Kanton Bern sind in diesem Zusammenhang die vom Verband der Bekleidungs-, Leder- und Ausrüstungsarbeiter organisierte und von einer Kampagne der «Nation» unterstützte Lohnbewegung der massiv unterbezahlten Strickerinnen in Huttwil und Eriswil 1943/44³⁹ und der gestaffelte landesweite Streik des Schweizerischen Textil- und Fabrikarbeiterverbands für einen GAV in der Tuch- und Deckenindustrie im Juli 1946 zu erwähnen, bei dem auch in der Tuchfabrik Schild in Bern die Arbeit niedergelegt wurde.⁴⁰

Bedrohte Errungenschaften

In den Jahren vor und nach dem Zweiten Weltkrieg anerkannten die Unternehmerverbände die Gewerkschaften als Verhandlungs- und Vertragspartner, die Sozialdemokratie wurde in die Regierungsverantwortung auf kantonaler und eidgenössischer Ebene einbezogen. Über den Ausbau der GAV und Sozialversicherun-

36 Zimmermann, Regierungsbeteiligung, S. 96–102.

37 Zimmermann, Regierungsbeteiligung, S. 106–110.

38 Brassel/Schiavi, Arbeitsfrieden, Degen u. a., Wert, S. 203–219, Zimmermann, Arbeitsbeschaffung, S. 55–64.

39 «Kein Lohn ein Hohn!», in: Die Nation, Nr. 10, 11.3.1943, S. 8f.; «Es het öppis abtreit», in: Die Nation, Nr. 38, 20.9.1944, S. 10; mit eindrücklichen Bildern von Paul Senn.

40 Gerlach, Ideologie, S. 437f.

gen gelang es, den in der anhaltenden Prosperitätsphase der 1950er- und 1960er-Jahre geschaffenen Reichtum breiter zu verteilen und auch grossen Teilen der arbeitenden Bevölkerung einen bescheidenen Wohlstand zu ermöglichen. Gewerkschaften und Sozialdemokratie erreichten in dieser Zeit zwar ihre höchsten Mitgliederzahlen, verloren aber weitgehend ihren Bewegungskarakter. Die Mobilisierung der Basis schien kaum noch nötig zu sein, konnten doch Gewerkschaftsfunktionäre und Politiker meist erfolgreich als Stellvertreter wirken.⁴¹ Die neuen Möglichkeiten der Konsumgesellschaft liessen die Attraktivität der kulturellen und sportlichen Angebote der Arbeiterbewegung schwinden.⁴² Die ab den 1960er-Jahren einsetzende Kontroverse um die nach dem Zweiten Weltkrieg stark ansteigende Migration stellte die internationale Solidarität der Gewerkschaftsbasis vor harte Belastungsproben.⁴³

Nach den Kriseneinbrüchen der 1970er- und verstärkt der 1990er-Jahre gerieten die sozialstaatlichen Errungenschaften wieder unter erhöhten Druck von rechts.⁴⁴ Der stark akademisch geprägten «Neuen Linken» gelang es, in der SP Fuss zu fassen, was gelegentlich zu harten Auseinandersetzungen mit der traditionellen Parteibasis führte.⁴⁵ Die Gewerkschaften mussten mehr und mehr Abwehrkämpfe – mittels Referenden, aber zunehmend auch wieder mit Streiks – gegen die Aushöhlung von GAV, Betriebsschliessungen und Massentlassungen führen.⁴⁶ Kennzeichnend für die Veränderungen im gesellschaftlichen Grundkonsens ist dabei, wie sich die Wahrnehmung der Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterbewegung auf Seiten des politischen Gegners verschob: Wurden noch in den 1980er-Jahren die Gewerkschaften als gemässigter Flügel den Neuen Linken gegenübergestellt, so wurde ab den 1990er-Jahren mehr und mehr der linke Flügel der Sozialdemokratie als *Gewerkschaftsflügel* bezeichnet.⁴⁷

41 Degen u. a., Wert, S. 229–275.

42 Schwaar, Isolation, S. 196–199.

43 Steinauer, Überfremdung.

44 Ghelfi, Staat, S. 25–34, Nyffeler, Arbeitsleben, S. 25–34.

45 Gül, AKW, S. 162–177, Zimmermann, Volkspartei, S. 106–108.

46 Koller, Streik, S. 47–58, Kästli, Gewerkschaftsbewegung, S. 99–131.

47 Degen u. a., Wert, 293.

BEATRIX MESMER

Die Frauenbewegung

Schon früh haben sich im Kanton Bern Frauen zu gemeinsamem Handeln zusammengeschlossen, sei es, um ihre eigenen Interessen zu wahren, sei es, um gesellschaftliche Aufgaben zu übernehmen. Bereits um die Mitte des 19. Jahrhunderts war ihnen klar, dass sie von den Rechten und Freiheiten, die den Männern durch die politischen Veränderungen zufielen, ausgeschlossen blieben, wenn sie sich nicht selbst zu Worte meldeten.

Erste Gleichstellungsforderungen

Besonders spürbar war für die Frauen die Beschränkung ihrer wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit, und hier setzten denn auch ihre Emanzipationsforderungen an. Die erste Spur einer noch informellen Frauenbewegung im Kanton ist eine von 147 Witwen und «Jungfrauen» unterzeichnete Eingabe für die Revision des Vormundschaftswesens an den Verfassungsrat von 1846. Die vorrevolutionäre Gerichtssatzung hatte alle Frauen – ob ledig, verheiratet oder verwitwet – unter männliche Vormundschaft gestellt, und auch das neue Zivilgesetzbuch von 1826/31 behielt diese Regelung in der mildereren Form der Geschlechtsbeistandschaft für den alten Kantonsteil bei. Als Begründung wurde geltend gemacht, es gehe um den Schutz der als geschäftsunfähig geltenden Frauen. Wie in der Eingabe jedoch gezeigt wurde, waren es oft Männer, die Vorteile aus der Beistandschaft zogen. Die Bevormundung erwachsener Frauen verletze zudem das Prinzip der Rechtsgleichheit und stelle einen Eingriff in ihre Menschenwürde dar: *Die Frage über ihre Emanzipation läuft auf diejenige hinaus, ob die Weiber auch Menschen seien?*¹ Dieser Argumentation konnte sich auch die Mehrheit des Grossen Rates nicht verschliessen, 1847 schaffte dieser die Geschlechtsbeistandschaft durch das Emanzipationsgesetz ab.

Davon nicht betroffen waren die verheirateten Frauen, die weiterhin mit der Eheschliessung ihre Handlungsfähigkeit verloren. Für die volle Gleichstellung beider Geschlechter unabhängig vom Zivilstand setzte sich deshalb die 1868 gegründete

1 Schmied, Aufhebung der Geschlechtsbeistandschaften; Gerber Jenni, Emanzipation. Dort ist die Eingabe abgedruckt, das Zitat S. 244.